



☰ Menü

Startseite > Wirtschaft > CDU > Grundsteuer: Bundesregierung gibt Erklärung erst

EILMELDUNG — **Ukrainischer Innenminister stirbt bei Hubschrauberabsturz nahe Kiew** >

Nach Fristablauf für Bürger

Bundesregierung gibt Grundsteuererklärung erst bis Ende September ab

In wenigen Tagen läuft die Frist für Immobilienbesitzer ab, um die komplizierte Grundsteuererklärung abzugeben. Nach SPIEGEL-Informationen hat die Bundesregierung für ihre Liegenschaften noch keine erledigt.

17.01.2023, 11.13 Uhr

Artikel zum Hören • 4 Min

[Anhören](#)





Häuserreihe in Potsdam (Archivbild) Foto: IMAGO/Olaf Döring

Die Bundesregierung gibt die Grundsteuererklärungen für ihre Immobilien bis Ende September 2023 ab. Dies geht aus einer Antwort des Finanzministeriums auf eine schriftliche Frage des [CDU](#)-Bundestagsabgeordneten Christoph Ploß hervor, die dem [SPIEGEL](#) vorliegt. Die Frist für die Abgabe der Grundsteuererklärung endet für Bürgerinnen und Bürger eigentlich Ende Januar, also in wenigen Tagen.

Ab 2025 soll eine neue Grundsteuerberechnung gelten. Das hatte das [Bundesverfassungsgericht](#) gefordert, denn zuletzt kalkulierten die Finanzämter den Wert einer Immobilie auf Grundlage völlig veralteter Daten, von 1935 in Ostdeutschland und von 1964 in Westdeutschland. Für die Neuberechnung müssen jetzt fast 36 Millionen Grundstücke neu bewertet werden.

Erste Grundsteuererklärungen sollen im Januar übermittelt werden

Für die etwa 26.000 Liegenschaften des Bundes sei eine »umfangreiche Datenerhebung, -pflege und -qualitätssicherung« erforderlich, heißt es in der Antwort der Regierung von dem Parlamentarischen Staatssekretär [Florian Toncar](#) (FDP). Zwar sei der überwiegende Teil der bundeseigenen Immobilien, etwa 65 Prozent, befreit von der Grundsteuer, weil diese für einen öffentlichen Zweck genutzt werden, dennoch müsste auch für diese eine Grundsteuererklärung abgegeben werden.

»Allerdings liegen zu den Liegenschaften mit Grundsteuerbefreiung bislang keine beziehungsweise lediglich deutlich veraltete Informationen bei den zuständigen Finanzverwaltungen vor.« Eine einzelne Einreichung sei nicht sinnvoll, weswegen man sich für »eine IT-Lösung« entschieden habe, so in der Antwort weiter. Die ersten Blöcke dieser Grundsteuererklärungen würden im Januar abgegeben.

»Das ist eine Frechheit gegenüber den Eigenheimbesitzern in Deutschland.«

CDU-Abgeordneter Ploß

Die Meldung der steuerpflichtigen Liegenschaften sei bis Ende März 2023 abgeschlossen. »Die Erklärungsabgabe für die grundsteuerbefreiten Liegenschaften soll zeitgleich beginnen, sodass nach der jetzigen Planung bis zum 30. September 2023 die notwendigen Erklärungen für die Hauptfeststellung für sämtliche Liegenschaften« abgeschlossen sein sollen.

»Millionen Eigenheimbesitzer und Steuerberater sind gezwungen, bis Monatsende unter Hochdruck und rechtlichen Unsicherheiten ihre Grundsteuererklärung fertigzustellen. Dabei hat das zuständige Finanzministerium selbst noch keine einzige Steuererklärung für seine Immobilien abgegeben«, sagt Ploß dazu. Und weiter: »Den Bürgern eine viel zu knappe Frist aufzudrücken, die nicht einmal die eigene Verwaltung einhalten kann, ist eine Frechheit gegenüber den Eigenheimbesitzern in [Deutschland](#).«

Mehr zum Thema

»Ein bisschen Zeit hilfreich«: Lindner drängt Länder zu längerer Frist für Grundsteuererklärung



Bürokratiemonster: Nicht einmal jeder Fünfte hat bisher die Grundsteuererklärung abgegeben

Ausfüllhilfe: So erledigen Sie Ihre Grundsteuererklärung, ohne zu verzweifeln

Eine Kolumne von Hermann-Josef Tenhagen

Wegen Querelen wurde die Frist für die Abgabe der Grundsteuererklärung im vergangenen Jahr schon einmal verlängert. Seit dem 1. Juli 2022 nehmen die Finanzbehörden die Daten entgegen. Wenige Tage später offenbarten sich bereits technische Schwierigkeiten: Vorübergehend war das System »Elster« lahmgelegt, weil viele Bürger gleichzeitig die Grundsteuerseite aufrufen wollten. Selbst Eigentümer von Kleingärten müssen eine Erklärung abgeben, zusätzlich zu

Millionen Hausbesitzern und Eigentümern einer Wohnung.

Für die Kommunen ist die Grundsteuer eine der wichtigsten Einnahmequellen. Es ist eine jährliche Steuer auf den Besitz von Grundstücken und Gebäuden – doch ein Vermieter kann sie über die Nebenkostenabrechnung auch auf die Mieter umlegen. Bei den meisten Wohnungseigentümern geht es um einige Hundert Euro im Jahr, bei Eigentümern von Mietshäusern dagegen oft um vierstellige Beträge. Wie viel Grundsteuer die einzelnen Eigentümer ab 2025 tatsächlich zahlen müssen, wird noch eine Weile offen bleiben. Denn das hängt entscheidend von den sogenannten Hebesätzen der Gemeinden ab. **S**

til

Diskutieren Sie mit >

[Feedback](#)

Mehr lesen über

CDU

Deutschland

Immobilien

Spiele

[mehr Spiele](#)

[Worträtsel](#)

[Solitaire](#)

[Sudoku](#)

[Mahjong](#)

[Bubble-Shooter](#)

[Jackpot](#)

Serviceangebote von SPIEGEL-Partnern

Gutscheine

ANZEIGE

[eBay Gutscheine](#)

[CHRIST Gutscheine](#)

[Expedia Gutscheine](#)

[tink Gutscheine](#)

[Top Gutscheine](#) [Alle Shops](#)

Auto

[Bußgeldrechner](#)
[Firmenwagenrechner](#)

Job

[Brutto-Netto-Rechner](#)
[Jobsuche](#)
[Kurzarbeitergeld-Rechner](#)
[Studienfächer erklärt](#)

Finanzen

[Gehaltsvergleich](#)
[Immobilienbewertung](#)
[Studium und Finanzen](#)
[Versicherungen](#)
[Währungsrechner](#)

Freizeit

[Bücher bestellen](#)
[Eurojackpot](#)
[Ferientermine](#)

[GlücksSpirale](#)
[Gutscheine](#)
[LOTTO 6aus49](#)

[Seniorenportal](#)
[Spiele](#)
[Das tägliche Quiz](#)

Alle Magazine des SPIEGEL

[DER SPIEGEL](#)

[SPIEGEL CHRONIK](#)

[SPIEGEL GESCHICHTE](#)

[SPIEGEL COACHING](#)

SPIEGEL Gruppe

[Abo](#) [Abo kündigen](#) [Shop](#) [manager magazin](#) [Harvard Business manager](#) [buchreport](#) [Werbung](#) [Jobs](#)
[MANUFAKTUR](#) [SPIEGEL Akademie](#) [SPIEGEL Ed](#)

[Impressum](#) [Datenschutz](#) [Nutzungsbedingungen](#) [Cookies & Tracking](#) [Newsletter](#) [Kontakt](#) [Hilfe](#)
[Text- & Nutzungsrechte](#)



Facebook



Twitter



Wo Sie uns noch folgen können